

# SOZIALEMONOKRATISCHER PRESSEDIENST

## **TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/233

Bonn, den 9. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Die unheilige Koalition	22
	Zur Gründung der "Aktiv Demokratischer Fortschritt"	
1	B O N N - S E O U L	20
	Alle Beziehungen zu Südkorea überprüfen!	
2 - 3	EURATOM darf nicht sterben!	78
	Unverzügliches Handeln des Ministerrates geboten	
	Von Gerhard Flämig, MdB	
4	"Kein Rückfall in den Kalten Krieg"	45
	Die Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland	
	Von Hans-Peter Zerfass	
5 - 6	Lebendige Gesinnungsgemeinschaft	84
	Zur 18. Bundestagung der Seliger-Gemeinde in Beuel und Bonn	

Die unheilige Koalition

Zur Gründung der "Aktion Demokratischer Fortschritt" in Frankfurt

sp - Es ist ein recht bunter Haufen, der sich da am Wochenende in Frankfurt zur Gründung der "Aktion Demokratischer Fortschritt" zusammengetan hat, um als Partei bei den nächsten Bundestagswahlen in die Arena treten zu können. Die PRAWDA, das Zentralorgan der russischen Kommunisten, lässt sich oft lange Zeit, ehe sie Ereignisse von großer Bedeutung kommentiert. Diesmal hießt sie schon nach zwei Tagen mit ihrem Wohlwollen über die neueste politische Gruppierung in der Bundesrepublik nicht zurück. In dieser unheiligen Koalition sind die verschiedensten Grüppchen von der Deutschen Friedensunion über die neugegründete Deutsche Kommunistische Partei bis zu Splittern der Anti- und Außerparlamentarischen Opposition vereinigt; mit dem demokratischen Fortschritt haben sie alle zusammen herzlich wenig zu tun.

Diese Koalition steht eindeutig unter kommunistischen Vorzeichen und Kommunisten waren auch die Initiatoren dieser Gründung. In ihrer ersten Erklärung besaßen sie die Frechheit zu behaupten, es bestünden zwischen dieser Koalition und den Sozialdemokraten gemeinsame Ansätze. Gemeinsame Ansätze? Es gibt keine Gemeinsamkeit mit deutschen Kommunisten und ihren Mitläufern, die die Vergewaltigung des tschechoslowakischen Volkes gutheißen. Jede Mitwirkung in dieser neuen Partei macht sozialdemokratische Mitgliedschaft unmöglich. Eine Verwischung der Trennungslinie wird es nicht geben. Das erfordert schon die Sauberkeit sozialdemokratischer Grundhaltung.

+ + +  
B O N N - S E O U L

All Beziehungen zu Südkorea überprüfen!

sp - Die erneute Verurteilung der aus der Bundesrepublik vom koreanischen Geheimdienst entführten Koreaner ist ein Affront gegen die Bundesrepublik Deutschland. Vielfach wird jetzt der Ruf laut, Bonn solle die diplomatischen Beziehungen zu Seoul abbrechen. Die Erfüllung einer solchen Forderung würde niemandem etwas nutzen, denjenigen aber schaden, die immer noch mit unserer Hilfe rechnen; sie bliebe also ein formaler Akt. Andererseits erscheint es uns aber selbstverständlich, daß die Bundesregierung jetzt gehalten ist, alle Beziehungen zu Südkorea zu überprüfen. Das gilt sowohl für die Entwicklungshilfe, als auch für die Kultur- und Handelsbeziehungen. Dies hat unseres Erachtens mit aller Deutlichkeit zu geschehen, damit man in Seoul weiß, was die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von der Entführung der Koreaner hält, die in unserem Land Gäste waren. Die Bundesregierung ist auch deshalb zum Handeln verpflichtet, weil die Unterlassung des Versuchs, die Verletzung gewährter Gastfreundschaft zurückzuweisen, uns in den Augen gerade der asiatischen Völker nur in Mißkredit bringen würde.

9. Dezember 1968

**EURATOM darf nicht sterben!**

Unverzügliches Handeln des Ministerrates geboten

Von Gerhard Flämig, MdB

In der Europäischen Atomgemeinschaft kriselt es. Trotz wiederholter Mahnungen des Europäischen Parlamentes hat sich der Ministerrat noch immer nicht auf das dritte Fünfjahresprogramm einigen können. Rund 2 700 Wissenschaftler, Techniker und Hilfskräfte in den Forschungsinstitutionen der EURATOM bangen um ihre Arbeitsplätze, seit bekannt wurde, daß man im Ministerrat Vorstellungen entwickelt, den Mitarbeiterstab auf rund 1 000 Bedienstete zu verringern. Schon macht sich allenthalben Geldmangel bemerkbar. In Ispra (Italien), dem größten Forschungszentrum der EURATOM, ist es bereits zu einer Art Warnstreik gekommen. Sind die Milliardenbeträge, die die Beneluxstaaten, die Bundesrepublik, Frankreich und Italien seit dem 25. März 1957 in die gemeinsame Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie gesteckt haben, nutzlos vertan worden? Wird die seit Jahren kränkelnde EURATOM bald sanft entschlummern?

Soviel steht fest: Die unbestreitbare Krise im Hauptforschungszentrum Ispra kann beigelegt werden, ohne die übrigen Einrichtungen der Atomgemeinschaft zu gefährden. Denn EURATOM ist mehr als ein Zusammenschluß von Kernforschern und Kerntechnikern. Sie ist ein Teil der Europäischen Gemeinschaften von eminent politischer Bedeutung. Sie ist eine der Klammen, die Frankreich fest an die Gemeinschaft bindet. Sie ist Lebensnotwendig für die Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik. Ohne die EURATOM ist eine Versorgung der Kernkraftwerke und Kernforschungsstätten der Sechsrgemeinschaft mit Kernbrennstoffen nicht gewährleistet, zumal die Lieferverträge mit den USA und Kanada von der EURATOM-Agentur abgeschlossen sind und bis in die 80er Jahre hinein laufen. Die EURATOM garantiert die zur Zeit einzige wirksame Kontrolle gegen den Mißbrauch spaltbaren Materials, wirksamer als die Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Agentur in Wien.

Leider ist unbestreitbar, daß die EURATOM an einer Kinderkrankheit leidet, die an ihrer heutigen Krise schuld ist: Auf französisches Beitreiben wurde von vornherein fast 80 Prozent aller Mittel und Energien im Forschungszentrum Ispra auf die Entwicklung eines schwerwassermoderierten, organisch gekühlten Natururan-Reaktors festgelegt. Das soge-

9. Dezember 1968

nannte Projekt ORGEL sollte, wie Professor Gueron, der langjährige Leiter der Hauptabteilung Forschung und Ausbildung einmal sagte, die Achse, um die sich die gesamte Forschung und Technologie in Ispra drehte. Nun ist die Achse heißgelaufen. Die Industrie hat sich anderen Entwicklungslinien zugewandt, neuerdings dem Schnellen Brüter, der mehr Rentabilität verspricht. Die Wissenschaftler und Techniker von ORGEL in Ispra resignieren: "Wir haben immerhin viel dabei gelernt."

Was nun? Was soll mit dem ORGEL-Reaktor ESSOR geschehen? Wohin mit dem Personal? Die Minister, deren Länder die EURATOM finanzieren, sind für radikale Einsparungen, für ein neues, realistisches, reduziertes Programm. In Brüssel werden Pläne entwickelt, die EURATOM-Forschung über die Kernenergieentwicklung hinaus auf andere Forschungsbereiche auszudehnen, also neue Kompetenzen zu schaffen. Man sollte annehmen, daß es Bereiche gibt, in denen sich eine firmeneigene Forschung und Entwicklung ebenso wenig rentiert wie eine solche auf rein nationaler Ebene, wo also der gemeinsame europäische Einsatz von Geld und Hirnkapazität erfolgversprechend wäre.

Die Realität sieht leider anders aus. Es ist bisher nicht gelungen, sich auf gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte aller sechs EURATOM-Staaten zu einigen. Die Einzelinteressen überwiegen.

Dem sollte man Rechnung tragen. Es muß organisatorisch möglich sein, von Fall zu Fall bestimmte Länder in Absprache mit der Industrie zu Projektgruppen zusammenzufassen unter bestmöglichlicher Ausnutzung der nun einmal vorhandenen Kapazitäten. Das bisherige Volumen von Ispra ist damit allerdings nicht mehr zu erfüllen. Es steht zu befürchten, daß dort tatsächlich empfindliche Einschränkungen an Geld und Personal notwendig werden.

Wie dem auch sei - vor allem muß gehandelt werden. Die Unsicherheit ist für die EURATOM-Bediensteten unerträglich und für die Politiker, die schließlich Milliardenbeträge zu verantworten haben, gleichermaßen. Am kommenden Freitag wird sich deshalb das Europäische Parlament zu einer Sondersitzung zusammenfinden.

Es ist anzunehmen, daß die Europäischen Parlamentarier sich dagegen wehren, EURATOM einfach in die Binsen gehen zu lassen. EURATOM ist mehr als ORGEL und mehr als Ispra. Das Institut für nukleare Messungen in Geel/Belgien gehört dazu. Fachleute versichern, dieses Institut leiste hervorragende Arbeit auf dem Gebiete der Gamma- und Neutronen-Dosimetrie.

Das Transuran-Institut in Karlsruhe gehört dazu. Es ist unentbehrlich für die europäische gemeinsame Forschung. Unverantwortlich, die Karlsruher Wissenschaftler und Techniker heute aus Geldmangel auf halbe Fahrt zu schalten.

Das Projekt SORA gehört dazu, die Erforschung der gebundenen Materie mittels eines gepulsten Reaktors. Nimmt man die politische Aufgabe, die Versorgungsaufgabe und die - im Hinblick auf den anstehenden und am Ende doch irgendwie notwendigen Atomsperrervertrag - äußerst wichtige Kontrollfunktion hinzu, gibt es nur eine Schlußfolgerung: Der Ministerrat muß unverzüglich handeln. EURATOM darf nicht sterben!

"Kein Rückfall in den Kalten Krieg"

Zur Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Von Hans-Peter Zerfass

Das neue Abkommen über den Interzonenhandel dokumentiert die Verständigungsbereitschaft der Bundesregierung so eindeutig wie nur möglich. Daß diese Politik eine breite Basis in der Bundesrepublik hat, macht gleichzeitig die Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin klar, auf der eine große Mehrheit die Politik der Bundesregierung, wie sie der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Bundesminister Herbert Wehner, vorgetragen hat, vorbehaltlos unterstützt hat. Das Kuratorium tritt nach wie vor für eine Politik der Verhandlungsbereitschaft ein und zwar auf der Basis der Gleichberechtigung. Hoffentlich haben es alle gehört, die es angeht: Die ernste Warnung vor einem Rückfall in den Kalten Krieg aus Wahlkampfgründen. Der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Schütz, hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß jeder Versuch einer Rückkehr zum Kalten Krieg die Isolierung der Bundesrepublik in der internationalen Politik bedeuten würde.

Seit Jahren ist das Kuratorium ein Forum zur Formulierung und Diskussion gesamtdeutscher Politik. Es ist bemüht um eine gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien. Die breite Übereinstimmung in den wesentlichen Fragen hat sich auch diesmal wieder bestätigt. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst von Herbert Wehner, der mit großer Geduld die Erläuterungen zur gegenwärtigen Lage entwickelt hat. Seine realistische und illusionslose Darstellung hat bei Vertretern der Jungen Union größeren Beifall gefunden, als die Reden der CDU-Vertreter. Aber die nüchterne Abschätzung der Möglichkeiten ist nicht jedermannss Sache. Es gibt die Ungeduldigen, Vorwärtsdrängenden, die gern manches Risiko laufen, und es gibt die Konservativen, die lieber auf alten Positionen abwarten und jegliches Risiko scheuen. Alle Richtungen sind im Kuratorium vertreten und das ist gut so. Jetzt aber scheint die Zahl der Jungen, Ungeduldigen im Anwachsen zu sein. Sie machen gerne Pläne und wollen Aktionen sehen. Man rieb sich an Begriffen wie Alleinvertretung oder Anerkennung. Hierbei war es oft nicht ganz klar, was die einzelnen mit den Ausdrücken jeweils meinten. Ob Wehner mit seiner Mahnung bei den Jungen Erfolg hat, nicht zu detaillierte Pläne auszuhecken und bei Verhandlungen mit der DDR keine allzu perfekten Angebote zu machen, muß sich noch zeigen.

Einen bemerkenswerten Vorschlag steuerte Dr. Schütz bei. Das Kuratorium solle sich regional einmal mit den Schulbüchern befassen. Die Zitate, die Schütz vortrug, illustrierten die Feststellung, daß in den Schulbüchern die haarsträubendsten Behauptungen und völlig überholt Informationen über die DDR enthalten sind. Hier stellt sich in der Tat eine praktische Aufgabe für das Kuratorium. Wohl kaum eine andere Organisation ist derart prädestiniert, sich einer solchen überparteilichen Aufgabe anzunehmen. Und die Beschäftigung mit diesen Fragen würde dem Kuratorium eine praktische Seite befügen, die zweifellos eine Bereicherung gesamtdeutscher Politik bedeuten würde.

+ + +

9. Dezember 1968

### Lebendige Gesinnungsgemeinschaft

#### Zur 18. Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde in Beuel und Bonn

ler - Zum zweiten Mal hat eine Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde, die Gesinnungsgemeinschaft ehemaliger sudetendeutscher Sozialdemokraten, ohne ihren Begründer, den unvergesslichen, vor zwei Jahren tödlich verunglückten Wenzel Jaksch, stattgefunden. Die 18. in Beuel und Bonn abgehaltene Bundesversammlung stand vor Beginn unter besorgten Fragezeichen. Kann eine Gemeinschaft, die ihre motorische Antriebskraft verlor, aus sich heraus weiterleben, hat sie überhaupt noch Existenzberechtigung? Das Erbe von Wenzel Jaksch, dieses gedankenreichen Mannes, der selbst ein großes Erbe übernahm und der in seinem Leben und Wirken die leidvolle und ruhmreiche Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie in den letzten fünfzig Jahren verkörperte, ist bei seinen Kampfgefährten und Nachfolgern gut aufgehoben. Der Geist Wenzel Jakschs beherrschte diese Bundesversammlung, fand in Ernst Päul, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, in Adolf Hassenhörl, dem Leiter der Bundesversammlung, im Mitglied des sudetendeutschen Rats, Almar Reitzenauer, und in vielen Diskussionsrednern berechte Interpreten. Diese Gemeinschaft ist lebendiger denn je, sie entfaltet Aktivitäten auf vielen Gebieten, sie wirkt als sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft in die Sozialdemokratie und als Sozialdemokraten in die Sudetendeutsche Landsmannschaft hinein. Eine Doppelfunktion, deren Erfüllung freilich manche Reibungen nicht ausschließt.

Viele Stürme sind über die sudetendeutsche Sozialdemokratie hinweggegangen. Sie mußte im Laufe ihrer mehr als hundertjährigen wechselvollen Geschichte schwere Niederlagen auf sich nehmen. Es gab auch große Erfolge. Sie stand nach dem Ende der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie 1918 in der Tschechoslowakei in einem Zweifrontenkampf; sie kämpfte um den sozialen Aufstieg des Arbeiters und um die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Sudetendeutschen im Vielvölkerstaat der Tschechoslowakei. In Adolf Hitler sahen die sudetendeutschen Sozialdemokraten den Verderber des deutschen Volkes und den Herausforderer Europas. Sie widerstanden ihm, bis ihnen durch das Münchner Abkommen der Boden unter den Füßen entzogen wurde. Sie nahmen eher Terror, Verfolgung und Emigration auf sich, als sich dem braunen Diktator zu beugen. Wenzel Jaksch hat diese Haltung mit unvergänglichen Worten umschrieben:

- \* "Wir haben die Menschenrechte höher geschätzt, als daß wir das Selbstbestimmungsrecht aus den bluttriefenden Händen eines Tyrannen entgegennehmen wollten, weil aus dem Bündnis mit dem Bösen niemals Gutes erwachsen kann."

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben - wie anders könnte es auch sein? - in der deutschen Sozialdemokratie ihre

9. Dezember 1968

politische Heimat gefunden und ein reichhaltiges Erbe eingebracht. Gerade von Wenzel Jaksch kamen die schöpferischen Impulse für eine neue deutsche Ostpolitik, seine Schrift "Westeuropa - Osteuropa - Sowjetunion" weist in visionärer Schau auf die Möglichkeiten der Überwindung des Ost-West-Konfliktes hin und lenkt den Blick in eine Zukunft, in der sich die Völker von West und Ost nicht mehr als Gegner gegenüberstehen.

Das Lebensziel dieses Mannes galt der Versöhnung des deutschen Volkes mit den slawischen Völkern unter dem Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker. Die Seliger-Gemeinde als ein integrierter Teil der deutschen Sozialdemokratie lässt sich im Bemühen um die Verwirklichung dieses Ziels nicht abhalten; sie hält auch nicht an erstarrten Traditionen und blutleeren Dogmen fest, sie sucht immer wieder nach neuen Ansätzen.

Es war gerade die junge Generation, die in der Diskussion über die beiden Hauptreferate von Ernst Paul und Almar Reitner den direkten Dialog mit der Jugend unserer östlichen Nachbarn verlangte, um mit ihr gemeinsam die Grundsäulen eines kommenden Europa zu erarbeiten, in dem Recht und soziale Gerechtigkeit, Freizügigkeit und Freiheit ihren gebührenden Platz haben. In einem solchen Europa sind Grenzziehungen zwischen Staaten und Völkern ohne Bedeutung. Für diese jungen Menschen ist das vielumstrittene Münchner Abkommen ein Vertrag, über den die Geschichte hinwegging; die Berufung auf diesen Vertrag, der in das Bewußtsein der europäischen Völker als ein Akt räuberischer Erpressung eingegangen ist, ist eine stumpfe Waffe, untauglich für die Verständigung mit dem schwergeprüften tschechischen Volk, dem sich die Seliger-Gemeinde verbunden weiß.

Die Seliger-Gemeinde hat - das zeigte die 18. Bundesversammlung eindrucksvoll - aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen und der traditionsreichen Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie einer Politik viel zu geben, die ausgerichtet ist auf die Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung. Das Kapital an Vertrauen, das sie in vielen Ländern besitzt, sollte für unsere Außenpolitik aktiviert und nutzbar gemacht werden.

Diese Gesinnungsgemeinschaft vereinigt Deutsche, die in Deutschlands dunkelsten Zeiten durch ihre Existenz und durch ihr Wirken das Vorhandensein eines anderen, der Demokratie, der Völkerversöhnung und der Menschlichkeit verpflichteten Deutschland bezeugten. Das hat schon seine Bedeutung in einer Zeit, in der von orthodox-kommunistischer Seite versucht wird, die Bundesrepublik international zu isolieren und sie als Friedensstörer zu verteufeln.